

Sozialdienste und Migrationsämter im Wechselspiel von Kontrolle - Neue Aufgaben im Bereich der Sozialhilfe?



Lisa Marie Borrelli

Professorin an der HES-SO Wallis

Lisa Marie Borrelli ist Assoziierte Professorin im Bereich Sozialpolitik an der HES-SO Wallis, am Institut für Soziale Arbeit. Sie ist zudem Lehrbeauftragte im Fachbereich Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der Universität Basel. Ihre Forschungs- und Lehrschwerpunkte sind der Vergleich von migrations- und sozialpolitischen Regimen (innerhalb Europas), die empirische Untersuchung von Organisationsstrukturen und Staatstheorien, sowie Rechtssoziologie.

Sozialdienste und Migrationsämter im Wechselspiel von Kontrolle – Neue Aufgaben im Bereich der Sozialhilfe?

Einige Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt

Lisa Marie Borrelli, lisa.borrelli@hevs.ch

Vortrag für die

Fachtagung Sozialhilferecht, Hochschule Luzern, 27. Oktober 2022

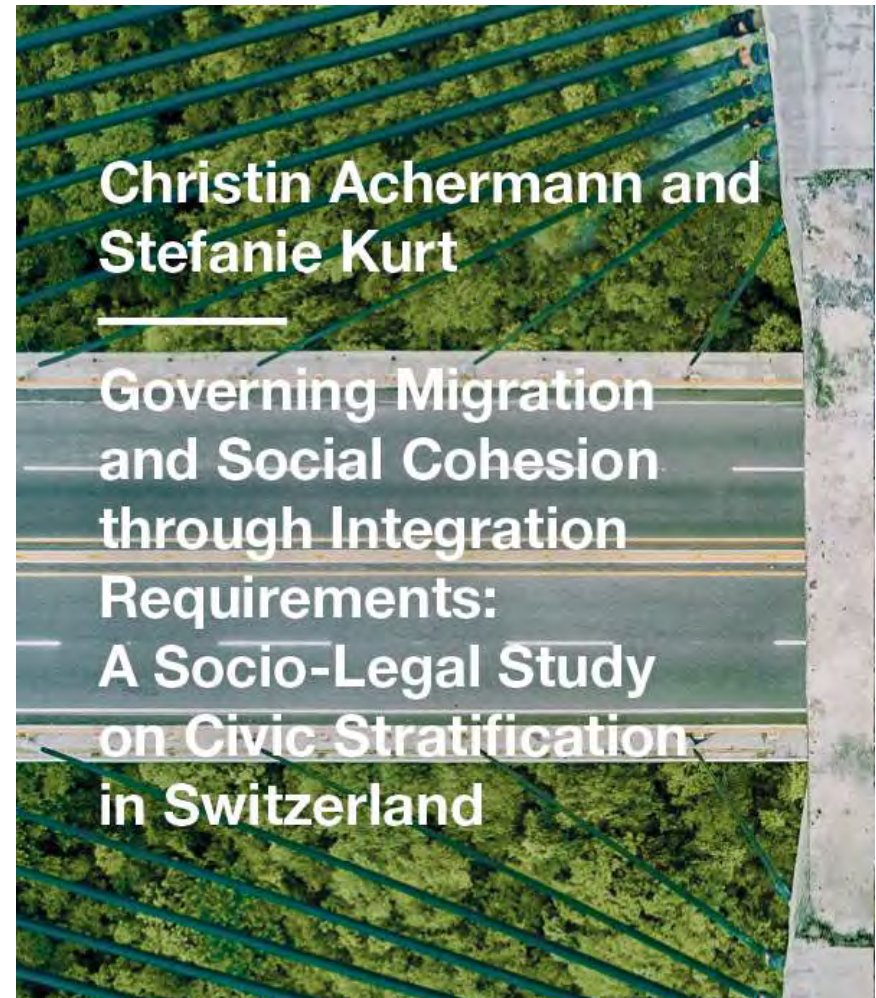
Unser Forschungsprojekt

Governing Migration and Social Cohesion through Integration Requirements: A Socio-Legal Study on Civic Stratification in Switzerland

Team: Christin Achermann, Stefanie Kurt, Lisa Marie Borrelli, Doris Niragire Nirere, Luca Pfirter

Mehr Informationen:

<https://nccr-onthefmove.ch/projects/governing-migration-and-social-cohesion-through-integration-requirements-a-socio-legal-study-on-civic-stratification-in-switzerland/>



Rechtliche Grundlagen

- Sozialhilfebezug wird bei der **Beurteilung der Integration** und in zahlreichen Entscheidungen über die **Erteilung, Verlängerung, Rückstufung** oder den **Widerruf** einer Bewilligung an Nicht-CH-Bürger*innen berücksichtigt, z.B.:
 - Art. 58a Abs.1 lit. d AIG (Integrationskriterien)
 - Art. 62 Abs. 1 Bst. e AIG
 - Art. 63 Abs 1 Bst. c AIG
 - Art. 63 Abs. 2 AIG, sog. «Rückstufung»
- Entscheidungen müssen **verhältnismässig** sein und u.a. berücksichtigen, ob Sozialhilfebezug **«selbstverschuldet»** ist.
- **Meldepflicht** u.a. von Sozialhilfebehörden gegenüber Migrationsbehörden (Art. 97 Abs. 3 Bst. d AIG)
- **Laufendes Revisionsverfahren**, um Nicht-EU/EFTA-Bürger*innen aus der Sozialhilfe auszuschliessen / deren Zugang zu Sozialhilfe einzuschränken.

«Kann»-Bestimmungen

Widersprüchliche Signale an betroffene Personen

«Also, der findet faktisch keine Stelle mehr, ist unterdessen 50, hat immer nur als Bauarbeiter gearbeitet, hat aber IV/ die IV sagt '100% arbeitsfähig in einer angepassten Tätigkeit', aber diese findet man nicht. Das ist nicht real, diese zu finden und der Sozialberater sagt: 'Nein, Sie müssen nicht mehr so suchen, vergessen Sie es. Sie finden sowieso nichts mehr; das ist ja klar.' Aber das Migrationsamt sagt: 'Doch, Sie müssen suchen und Sie sind für uns gesund und Sie werden weggewiesen.'»

Interview Rechtsberatung, 2019

Die Frage des Selbstverschuldens: Individualisierung von Armut bei Ausländer*innen?

« [Um das Selbstverschulden einzuschätzen] stützen wir uns auf das IV-Verfahren. Oft wird versucht, alles auf die Krankheit [im Bezug auf einen bestimmten Fall] zu schieben. Ich muss sagen, dass beiden eine Invalidenrente verweigert wurde. Wenn sie es nicht beweisen können ... und wir geben ihnen die Chance, es zu beweisen. Dann ist es ihre Schuld, wenn sie uns die Dokumente nicht bringen. Wenn die IV sagt, sie können arbeiten, dann können sie arbeiten. Eine IV-Rente bedeutet, dass sie nichts dafür können. »

Interview Migrationsamt, 2020

Die Frage des Selbstverschuldens II

« Plus que le montant, c'est quand même plus les perspectives et puis surtout le côté fautif. Ils vont regarder pourquoi ils sont à l'aide sociale. Souvent quand on doit prolonger un permis de séjour, je leur dis, mais apportez tout ce que vous avez fait. Parce que des fois ils sont à l'aide sociale mais en fait ils ont fait que de travailler. Ils avaient des contrats d'insertions à 100%. Donc ils se levaient tous les matins et travaillaient depuis des années mais c'est juste qu'ils ont pas réussi à trouver ailleurs. Ce n'est pas qu'ils sont pas motivés. »

Interview Rechtsberatung, 2020

Ungleiche Zielsetzungen und Erwartungen

« [...] darum müssen sie [Sozialdienste] [jeden Sozialhilfebezug] einfach melden. Also, das ist unser Weg, den wir fahren im Wissen darum, dass wir natürlich sehr viele Meldungen bekommen und wiederum viel Kommunikation brauchen, [...] dass aber auch nicht jede Meldung automatisch heisst: euer Mandant wird dann bald nicht mehr da sein und dann sparen die Gelder. Also diese Erwartungshaltung können wir nicht erfüllen und das hat man gelegentlich von den Gemeinden, 'Jetzt haben wir euch gemeldet, wir wollen dem nicht zahlen, der soll wieder gehen.' [...] und so einfach ist es halt nicht. »

Interview Migrationsamt, 2019

Ungleiche Zielsetzungen und Erwartungen II

« Des fois [dans le dossier transmis au service des migrations] les juristes voient que l'assistant social donne vraiment l'information à contre cœur. Certains, quand ils font l'annonce, ils accompagnent d'une lettre où ils expliquent la situation de la personne, pourquoi elle est à l'aide sociale. En gros certains assistants sociaux essayent de déjà défendre la personne... »

Interview Rechtsberatung, 2020

Nebeneffekte der Verschränkung von Sozialhilfe und Migrationskontrolle

“Nach langen Diskussionen über Formalitäten nähern wir uns langsam der Art und Weise, wie ihre Arbeit von den möglichen Folgen eines Sozialhilfebezuges beeinflusst wird. Eine Sozialarbeiterin stellt fest, dass für Personen, die ihre Aufenthaltsgenehmigung verlieren könnten, nicht mehr unbedingt die ‘nachhaltige wirtschaftliche Integration’ im Vordergrund steht, sondern der schnellstmögliche Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt. Dies führe unweigerlich zu prekäreren Arbeitsbedingungen, und oft seien diese Menschen schon wenige Monate später wieder auf Sozialhilfe angewiesen.”

Protokoll einer Gruppendiskussion, Sozialdienst, 2020

Erhöhte Komplexität und anspruchsvolle Verwaltungsarbeit

«Wenn diese [Sozialhilfeabhängigkeit] nur sozialdienstlich angeschaut wird, dann kommen sie zu einem anderen Ergebnis, als wenn wir ihn ausschliesslich als Fremdenpolizei anschauen. Und das ist ja/ das ist ja der Kern einer ganzen Geschichte, dass wir die verschiedenen Perspektiven, die verschiedenen Anleuchten darauf und erst dann kommen sie nachher zu einem Ergebnis und ich habe die Erfahrung gemacht, dass dann schlussendlich die Ergebnisse besser sind, als wenn sie einfach fahren und wir fahren und vielleicht kommt noch die KESB mit einer Massnahme rein, oder. Ist die auch noch drin, oder. Und und und, oder. Und das führt einfach/ das ist nicht meine...nicht meine Philosophie. Aber das braucht Zeit. Das braucht Zeit von den Sachbearbeitenden, denn es ist einfacher, schnell eine Mail zu schreiben oder irgendetwas, als miteinander über einen Fall zu diskutieren. Und es braucht auch die Bereitschaft von beiden Ämtern, dass diese Kultur etabliert wird.»

Interview Migrationsamt, 2019

Einige Ergebnisse

I. Verschränkung von Sozialhilfe und Migrationskontrolle

Lange Tradition, aber verschärft seit AIG und Meldepflicht

Erhöhtes Monitoring und Überwachung

Verschränkung im Recht

Verschränkung in der Praxis

Kantonale Unterschiede

Verschränkte Zuständigkeiten und abgeschobene Verantwortung

Ungleiche Zielsetzungen und Erwartungen

Erhöhte Komplexität und Ansprüche an Verwaltungsmitarbeitende

Widersprüchliche Signale an betroffene Personen

Einige Publikationen

Achermann, Ch. and Rosset D. (2019). "Negotiating research in the shadow of migration control: access, knowledge, and cognitive authority", *Social Anthropology* 27(S1), 49-67.

Borrelli, L. M. and Trasciani, G. (2019). "I like to work with people" – Everyday Stories and Reflections from Street-level Workers in the Migration Regime on What Motivates Their Tasks', *Politiche Sociali / Social Policies* 3: 407-426.

Borrelli, L. M. (2019). 'The Border Inside – Organizational Socialization of Street-level Bureaucrats in the European Migration Regime', *Journal of Borderlands Studies*. Doi: 10.1080/08865655.2019.1676815.

Borrelli, L. M., Kurt, S. and Arrighi J. (2019). *Repository on Citizenship Law in Switzerland*. Neuchâtel: nccr – on the move: <https://indicators.nccr-onthemove.ch/quelles-lois-federales-et-cantonaux-regissent-lintegration-des-migrant%20b7e%20b7s/?lang=fr>

Kurt, S. (2019). *Der Zugang zu Bildung für geflüchtete Personen in der Schweiz*. Doi: 10.5771/0034-1312-2019-2-220.

Kurt, S. and D'Amato, G (2020). *The Swiss Rationale of Integration Policies: Balancing Federalism, Consociationalism and Direct Democracy* (Book Project "Local Migration Policy", edited by Jochen Franzke / José Manuel Ruano de la Fuente, Palgrave MacMillan Migration Book) (in print).

Kurt, S., Achermann Ch., Borelli, L. and L. Pfirter (2020), *Zuwanderungs- und Aufenthaltssteuerung via Sozialhilfe?*, Blog, NCCR on the move, <https://blog.nccr-onthemove.ch/zuwanderungs-und-aufenthaltssteuerung-via-sozialhilfe/?lang=de>.

Pfirter, Luca. 2019. 'Constructing "unteachability" through Menacing Warnings'. *Journal of Legal Anthropology* 3 (2): 29–49. <https://doi.org/10.3167/jla.2019.030203>.